konex

Kompetenzzentrum gegen Extremismus
in Baden-Württemberg

JAHRESBERICHT 2019

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Willy-Brandt-Str. 41, 70173 Stuttgart

REDAKTION
konex
Anna-Katharina Kirsch
Willy-Brandt-Str. 41, 70173 Stuttgart

KONTAKT
Telefon: 0711-279-4556
E-Mail: **konex@im.bwl.de**

GRAFISCHE GESTALTUNG
orel**united** Werbeagentur GmbH, Fritz-Reuter-Str. 18, 70193 Stuttgart

BILDQUELLEN
© Sergey Nivens und Rommel Canlas / 123rf.com
© Steffen Schmid
© Laurence Chaperon
© Präsidium Technik, Logistik und Service der Polizei Jens Stohn
konex, Hochschule für Polizei BW

1. Auflage, Juli 2020

ALLE RECHTE VORBEHALTEN
Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach vorheriger Genehmigung des Herausgebers.

GRUSSWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

politischer und religiöser Extremismus gefährden eine offene, freiheitliche und demokratische Gesellschaft. Dieses Übel gilt es bereits an der Wurzel zu packen. Radikalisierungstendenzen müssen frühzeitig erkannt werden und wir müssen uns jeder Form von Extremismus mit aller Kraft entgegenstellen. Daher verstärken wir kontinuierlich unsere zielgerichteten Präventionsmaßnahmen und schaffen hierdurch ein effektives Netzwerk gegen Extremismus.

Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg, kurz **konex**, leistet hierzu im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg bereits seit seiner Gründung im Jahr 2015 einen maßgeblichen Beitrag. Im kontinuierlichen Informationsaustausch mit seinen Netzwerkpartnern und durch die Vermittlung des entsprechenden Know-how konnte beispielsweise das Landesbildungszentrum Deradikalisierung des **konex** auch im Jahr 2019 unterschiedliche Zielgruppen landesweit zum Thema Extremismus fortbilden und sensibilisieren.

Der vorliegende Jahresbericht für 2019 zeigt aber auch, dass das **konex** bei der Extremismusprävention frühzeitig aktuelle Ereignisse und gesellschaftliche Herausforderungen konsequent in den Blick nimmt. So bildete das Themenfeld Antisemitismus bereits vor dem unsäglichen Anschlag in Halle einen Arbeitsschwerpunkt im vergangenen Jahr 2019.

Darüber hinaus setzt das **konex** seine bewährten Projekte mit den Partnern fort. Durch das Präventionsprojekt ACHTUNG?! wurden im Jahr 2019 erneut eine Vielzahl von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräfte und Eltern in Kooperation mit mehreren Partnern zu den Schwerpunktthemen Rechtsextremismus und Islamismus sensibilisiert.

Darüber hinaus konzentriert sich das **konex** aber auch ganz konkret auf Extremistinnen und Extremisten. Mit der landesweit einmaligen Ausstiegsberatung unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des **konex** im Jahr 2019 im Vergleich zu den Vorjahren eine stetig steigende Anzahl an Personen beim Ausstieg aus extremistischen Kreisen und helfen derem engen Umfeld im Umgang mit der Situation.

Ereignisse wie Halle oder Hanau, aber auch die aktuellen Proteste gegen Rassismus zeigen, dass wir in unseren Anstrengungen gegen Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihres Aussehens nicht nachlassen dürfen.

„Gemeinsam gegen Extremismus" – dieser Leitsatz wird von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des **konex** gelebt und innerhalb der Polizei, aber auch an alle Netzwerkpartner und die Zivilgesellschaft nach außen transportiert. Darauf bin ich stolz und möchte mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bedanken, die mit hohem Engagement und Einsatz dieses Netzwerk weiter stärken. Ich bin mir sicher, dass wir, nicht zuletzt durch unsere Präventionsarbeit, auch künftig mit vereinten Kräften den politischen und religiösen Extremismus erfolgreich bekämpfen werden.

Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, wünsche ich eine interessante Lektüre.

Thomas Strobl
Stellvertretender Ministerpräsident und
Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration

VORWORT

Wussten Sie, dass das Judentum mit fast 4000 Jahren die älteste Religion ist, deren Anhängerinnen und Anhänger an nur einen Gott glauben? Wussten Sie, dass die jiddische Sprache rund tausend Jahre alt ist und bis heute in weiten Teilen Europas geschrieben und gesprochen wird? Wussten Sie, dass der Davidstern, der aus zwei verflochtenen Dreiecken besteht, das Zeichen der Jüdinnen und Juden für ihre Verbundenheit mit Gott ist, und jede der drei Ecken eine eigene Bedeutung hat?

1 Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V.: https://www.regionalgeschichte.net/rheinhessen/aktive-in-der-region/gauss-gymnasium/wormser-juden-im-11-jh/das-pogrom-von-1096.html

GEMEINSAM GEGEN EXTREMISMUS:
UNSER LEITSATZ. UNSERE AUFGABE. UNSER ZIEL.

Ausblick 2020 - Personelle Veränderungen
Silke Kübler wechselte zu Beginn des Jahres 2020 innerhalb des Innenministeriums den Arbeitsbereich. Anna-Katharina Kirsch und Daniel Gauss bilden seither das neue Führungsteam des **konex.**

Ist Ihnen bewusst, dass seit dem Jahr 1096 bis heute Jüdinnen und Juden in Europa verfolgt, diskriminiert und beleidigt werden?[1] Alleine im Jahr 2019 wurden in Baden-Württemberg 182 antisemitisch motivierte Straftaten erfasst (2018: 136 Delikte) und der überwiegende Anteil dieser Straftaten ist mit mehr als 93 Prozent dem Bereich der politisch motivierten Kriminalität (PMK) -rechts- zuzuordnen.

Als **konex** setzen wir klare Zeichen gegen Antisemitismus! Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist uns das Auftrag und Verpflichtung. Aus diesen Gründen wurde dieses Thema zu einem unserer Schwerpunkte im Jahr 2019.

Doch in allen Extremismusbereichen bleibt die Gefährdungslage in Baden-Württemberg unverändert hoch, weshalb neben repressiven Maßnahmen auch der Prävention ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Der islamistische Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin, der rechtsextremistische Anschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten und der antisemitische Anschlag auf eine Synagoge in Halle belegen die reale Gefahr terroristischer Ereignisse in Deutschland. Insgesamt stiegen die Fallzahlen der PMK im Vergleich zum Vorjahr deutlich an (2018: 2.555/2019: 3.422). Und auch das Internet spielt in allen Phänomenbereichen eine immer wichtigere Rolle. Soziale Medien und Messenger-Dienste tragen zur Vernetzung der Szene bei und begünstigen die individuelle Radikalisierung. Das Netz ist zudem ein wesentlicher Tatort für Hasskriminalität. Mit 777 Straftaten bewegen sich die Taten im Zusammenhang mit Hasskriminalität rund 19 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Gemeinsam gegen Extremismus – auch im Jahr 2019 folgten wir mit Kooperationspartnern unserer Maxime und wir möchten uns an dieser Stelle für die vielfältige Unterstützung und sehr gute Zusammenarbeit bedanken!

In diesem Sinne - Ihre

Silke Kübler
Geschäftsführung **konex**

Anna-Katharina Kirsch
Geschäftsführung **konex**

INHALT

8 **konex KOMPAKT – IM ÜBERBLICK**

9 Aufbau und Aufgaben

10 Lenkungsausschuss

10 Fachbeirat

11 Konferenz Extremismusprävention

11 Haushaltsmittel

12 **THEMENSCHWERPUNKT 2019**

12 Antisemitismus

13 Empfehlungen aus dem 1. Berichts des Beauftragten der Landesregierung BW gegen Antisemitismus

13 Förderung Sicherheitsmaßnahmen an jüdischen/israelitischen Einrichtungen

13 Ansprechpartner israelitische Religionsgemeinschaften

14 Delegationsreise Israel

21 Fortbildungen des LBZ Derad zum Antisemitismus

22 Fachtag Antisemitismus - Jüdisches Leben zwischen Sicherheit und Unsicherheit

24 Projekt „Das andere Leben“

26 **PRÄVENTION**

27 Schulungen des LBZ Derad

29 Reichsbürgerstudie

30 **konex** unterwegs

32 **INTERVENTION**

33 **KOOPERATION**

33 ACHTUNG?!

35 Workshopreihe im Justizvollzug (Kofinanzierung)

35 Externe Gremien und Netzwerke

36 Beirat des Demokratiezentrums Baden-Württemberg (DZ BW)

36 Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – Gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

36 Runder Tisch der Religionen Baden-Württemberg

36 kNOw HATE CRIME!

37 Arbeitsgruppe Deradikalisierung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ)

37 Bund-Länder-Arbeitstagung „Behördliche Aussteigerprogramme des Bundes und der Länder gegen Rechtsextremismus“ (BLAT REX)

37 Bund-Länder-Austausch zu Maßnahmen des Bundes und der Länder gegen islamistische Radikalisierung des Bundesministeriums des Innern (BMI)

38 Bund-Länder-Arbeitstagung staatlicher Aussteigerprogramme im Bereich Islamismus

38 Vernetzungstreffen der Landesprojekte und bundesweiten Behördenstrukturen der Länderprogramme sowie der zivilgesellschaftlichen Träger im Bereich De-Radikalisierung/Angehörigenberatung

38 PANDORA (Projektverbund „Propaganda, Mobilisierung und Radikalisierung in der virtuellen und realen Welt. Ursachen, Verläufe und Gegenstrategien im Kontext der Debatte um Flucht und Asyl“)

38 European Expert Network on Terrorism Issues

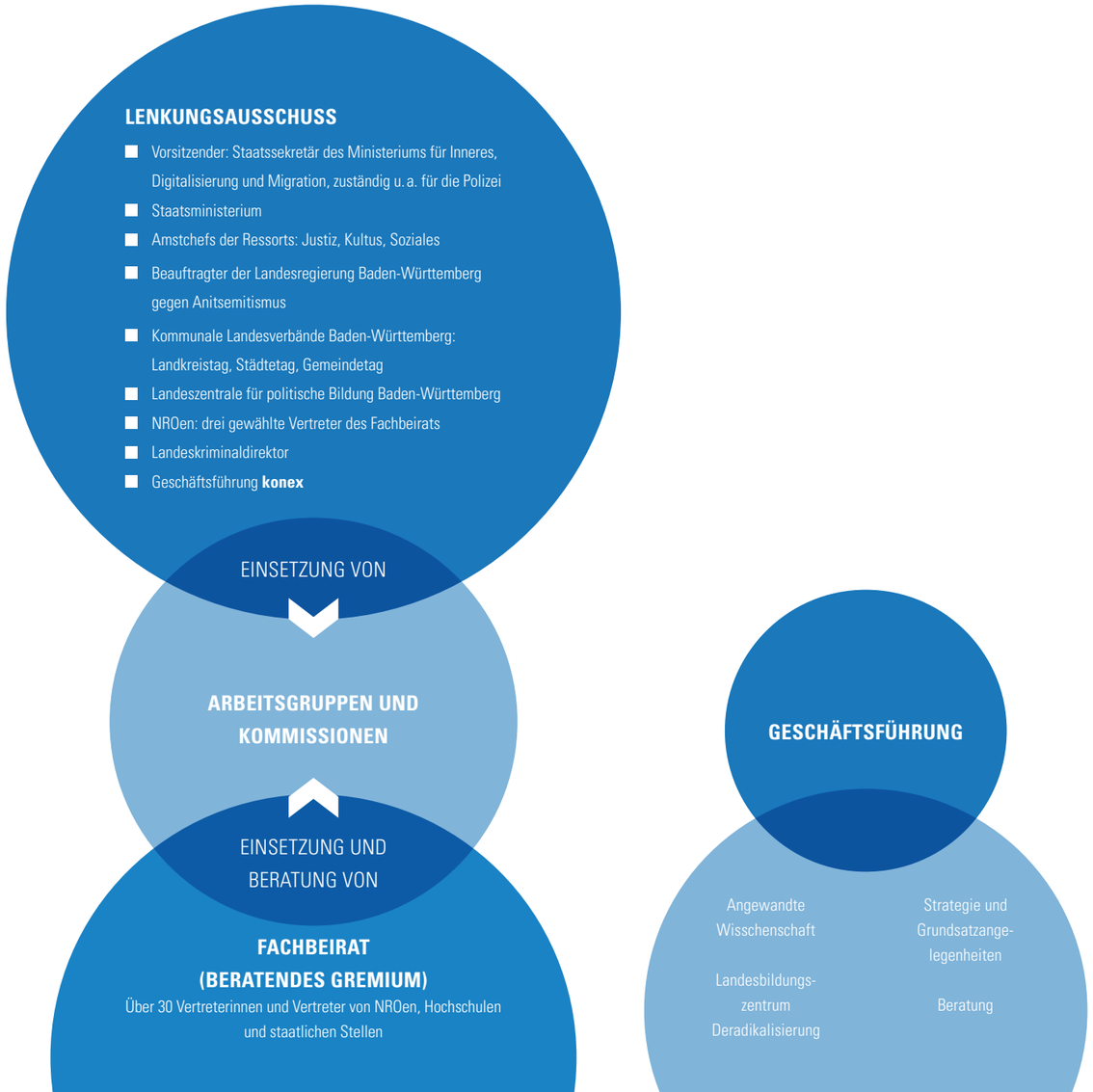
39 **ERREICHBARKEIT**

konex KOMPAKT

IM ÜBER-BLICK

Das konex ist das Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg. Getreu dem Leitsatz: „Gemeinsam gegen Extremismus“ bietet es zusammen mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratung gegen religiös und politisch motivierten Extremismus an. Das Landesbildungszentrum Deradikalisierung als Teil des konex bietet für bestimmte Zielgruppen Fortbildungen an. Darüber hinaus bietet das Kompetenzzentrum aber auch Ausstiegsberatung für radikalisierte Personen und deren unmittelbarem Umfeld die Kernaufgabe des Kompetenzzentrums dar.

ORGANISATIONSSTRUKTUR



AUFBAU UND AUFGABEN

Das **konex** ist für die Extremismusprävention in allen Phänomenbereichen zuständig. Das interdisziplinär aufgestellte Team setzt sich aus Polizeivollzug und wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten bzw. Beratenden zusammen.

Dieser Ansatz spiegelt sich in allen Bereichen des Kompetenzzentrums wider: dem Bereich angewandte Wissenschaften, dem Landesbildungszentrum Deradikalisierung, den Strategie- und Grundsatzangelegenheiten sowie der Ausstiegsberatung.

Für den wissenschaftlichen Unterbau der Aktivitäten des **konex** wurde der Bereich angewandte Wissenschaften eingerichtet. Auf diese Weise werden bislang nur begrenzt untersuchte Themenfelder, wie zum Beispiel die Reichsbürger- und Selbstverwalterszene, diskutiert und erforscht.

Das Landesbildungszentrum Deradikalisierung entwickelt phänomenübergreifende Fortbildungskonzepte für Fachpersonal sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Im Jahr 2019 wurden an insgesamt 14 Schulungstagen über 140 Fachkräfte fortgebildet. So können nun beispielsweise 50 Schulpsychologinnen und Schulpsychologen Radikalisierungstendenzen nicht nur erkennen, sondern auch deuten und in der Folge gezielt handeln. Außerdem haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des **konex** rund 60 verschiede Vorträge mit weit über 1.000 Teilnehmenden zum Themenbereich Extremismus gehalten.

Dem Bereich Strategie und Grundsatzangelegenheiten gehören Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte an, die u. a. Angelegenheiten rund um die Gremienarbeit, Landtagsanfragen, Öffentlichkeitsarbeit sowie strategische und personelle Planungen bearbeiten.

Im Bereich der Ausstiegsberatung bietet das **konex** Unterstützung für Personen, die sich von ihrem extremistischen Umfeld bzw. ihrer Ideologie distanzieren möchten. Dies gilt nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für deren enges soziales Umfeld.

LENKUNGSAUSSCHUSS

Die strategische Steuerung erfolgt durch den Lenkungsausschuss **konex** (LA **konex**). Er setzt sich derzeit aus 15 Mitgliedern zusammen. Der Vorsitz ist an die Funktion der, für die Polizei zuständigen, Staatssekretärin/Staatssekretärs des Innenministeriums gebunden. Mitglieder sind die Ministerialdirektorinnen/Ministerialdirektoren der beteiligten Ressorts in Baden-Württemberg (Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Ministerium für Soziales und Integration, Ministerium der Justiz und für Europa). Darüber hinaus sind eine Vertreterin/ein Vertreter des Staatsministeriums, der/die Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, die Spitzen der Kommunalen Landesverbände, die Leiterin/der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, die Landeskriminaldirektorin/der Landeskriminaldirektor, drei gewählte Vertreterinnen/Vertreter nichtstaatlicher Organisationen aus dem Fachbeirat **konex** sowie die Geschäftsführung des **konex** im LA **konex** vertreten.

Die aktuelle Zusammensetzung finden Sie auf unserer Homepage: www.konex-bw.de

FACHBEIRAT

Der Fachbeirat **konex** (FB **konex**) stellt die operative Ebene dar und setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen, der im LA **konex** vertretenen Ministerien und nachgeordneter Behörden sowie wissenschaftlicher Institutionen zusammen. Aufgabe ist die fachliche Begleitung sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zu Zielsetzungen, Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten des **konex**. Über die Zusammensetzung des FB **konex** entscheidet der LA **konex**.

In der Sitzung des Fachbeirats am 21. Januar 2019 fanden, gemäß Geschäftsordnung des **konex**, nach drei Jahren Neuwahlen von Vertreterinnen und Vertreter der nichtstaatlichen Organisationen für den Lenkungsausschuss statt. Die drei neu gewählten Mitglieder sind:

- Stefan Anderer, Württembergischer Landessportbund e.V.
- Günter Bressau, Jugendstiftung Baden-Württemberg
- Prof. Dr. Rita Haverkamp, Universität Tübingen

Alle Mitglieder finden Sie auf unserer Homepage www.konex-bw.de

KONFERENZ EXTREMISMUSPRÄVENTION

Seit dem Jahr 2018 existiert die Konferenz Extremismusprävention, um die Arbeit des **konex** zu unterstützen. Die Konferenz ist ein Arbeitsgremium, welches unterhalb des Lenkungsausschusses und Fachbeirats angesiedelt ist. Sie wird anlassbezogen einberufen. (Operative) Themen sollen ergebnisoffen diskutiert und erarbeitet werden. Diese werden in den LA **konex** eingebracht und dort beschlossen.

Der Teilnehmerkreis wird je nach Themenstellung individuell eingeladen. Es ist vorgesehen, die Konferenz mindestens einmal im Halbjahr oder anlassbezogen einzuberufen.

HAUSHALTS-MITTEL

Dem **konex** standen im Staatshaushaltsplan 2019 für die Geschäftsstelle Mittel in Höhe von 300.000 Euro zur Verfügung. Für externe Dienstleistungen, zur Unterstützung des **konex**, standen Mittel in Höhe von 575.000 Euro zur Verfügung. Davon sind 125.000 Euro für die landesweite Umsetzung des Projekts ACHTUNG?! gebunden und wurden jeweils nur einmalig in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 veranschlagt. Die übrigen Mittel sind strukturell genehmigt.

KURZINFO:

Das **konex** gliedert sich in die Bereiche Landesbildungszentrum Deradikalisierung, Angewandte Wissenschaft, Strategie und Grundsatzangelegenheiten sowie Ausstiegsberatung. Strategische Entscheidungen werden durch den Lenkungsausschuss **konex** getroffen, fachlich wird das Kompetenzzentrum durch den Fachbeirat **konex** und von der Konferenz Extremismusprävention beraten.

THEMENSCHWERPUNKT 2019

ANTI-SEMITISMUS

Der Schutz jüdischen Lebens und die Bekämpfung des Antisemitismus haben beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hohe Priorität. Zum umfassenden Grundkonzept gehören neben der Erhöhung der objektiven Sicherheitslage durch Schutzmaßnahmen, sicherheitstechnische Beratungen (inkl. einer finanziellen Förderung) sowie einer konsequenten Strafverfolgung im Wesentlichen auch die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls bei den jüdischen Gemeinden. Hierbei kommt dem konex mit seinen Angeboten für einen engen und vertrauensvollen Dialog mit den jüdischen Gemeinden, der Extremismusprävention sowie der speziellen Weiterbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten eine wichtige Rolle zu.

EMPFEHLUNGEN AUS DEM 1. BERICHT DES BEAUFTRAGTEN DER LANDESREGIERUNG BW GEGEN ANTISEMITISMUS

In ihrer Funktion als Ansprechpartnerin für sämtliche Fragen, die den Aufgabenbereich des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration im Themenfeld Antisemitismus betreffen, steht die Geschäftsführung des **konex** im engen Austausch mit dem Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus, Dr. Michael Blume. In dieser Eigenschaft koordiniert das **konex** auch die Prüfung und Umsetzung der Empfehlungen des am 1. Juli 2019 veröffentlichen ersten Berichts von Dr. Blume, welche das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration tangieren. Die Empfehlungen betreffen u. a. die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen in Gemeinden mit jüdischem Leben, den Vorbildcharakter staatlicher Einrichtungen bei der Antisemitismusprävention, die Forschung bei der Altersradikalisierung sowie die Reflektion und die Erforschung baden-württembergischer Institutionen in der NS-Geschichte.

FÖRDERUNG SICHERHEITSMASSNAHMEN AN JÜDISCHEN/ISRAELITISCHEN EINRICHTUNGEN.

Als weiteren Baustein zum Schutz jüdischen Lebens in Baden-Württemberg hat der Ministerrat am 15. Oktober 2019 auf Vorschlag des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl infolge der furchtbaren Ereignissen in Halle/Saale am 9. Oktober 2019 beschlossen, den Israelitischen Religionsgemeinschaften in Baden und Württemberg als Sofortmaßnahme einen Betrag von insgesamt 1 Mio. Euro für die Förderung von Sicherheitsmaßnahmen an jüdischen/israelitischen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wurden im parlamentarischen Verfahren zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 weitere 500.000 Euro pro Jahr für diesen Zweck vorgesehen.

Das **konex** steht im Hinblick auf die Verwendung des Förderbetrags (1 Mio. Euro) sowie der weiteren 500.000 Euro p. a. für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 im engen Austausch mit den IRGen.

DELEGATIONSREISE ISRAEL

Um die Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der Jüdinnen und Juden hierzulande zu erhöhen und aufgrund der Überzeugung, dass gesellschaftliche, landeskundliche und historische Kenntnisse einen wertvollen Beitrag für die Arbeit leisten würden, reisten die Ansprechpartner Israelitische Religionsgemeinschaften zur internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem nach Israel. Dadurch wurde das Wissen über Antisemitismus und seine Ausprägungen bei allen Delegationsteilnehmenden vertieft.

REISE-BERICHT

Am 18. November 2019 trafen sich in den frühen Morgenstunden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Israel-Delegationsreise des Innenministeriums Baden-Württemberg am Münchener Flughafen. Neben dem Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey als Delegationsleiter setzte sich die Gruppe vorwiegend aus den polizeilichen Ansprechpartnern für die israelitischen Religionsgemeinschaften (AP IRG) zusammen. Zusätzlich wurde die Delegation von einem Ortsrabbiner aus Baden-Württemberg begleitet. Die Reise wurde durch das **konex** organisiert, koordiniert und finanziert.

Die Delegationsreise diente dem intensiven Kennenlernen des jüdischen Lebens und der jüdischen Geschichte. Zugleich sollte eine Schulung bei der internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem dazu beitragen, zu verstehen, wie das wohl dunkelste Kapitel unserer Geschichte von Jüdinnen und Juden wahrgenommen und verarbeitet wird. Ausgangspunkt einer solchen Reise war die Überzeugung, dass die dadurch zu erwerbenden gesellschaftlichen, landeskundlichen und historischen Kenntnisse einen wertvollen Beitrag für die Arbeit der AP IRG leisten würden.

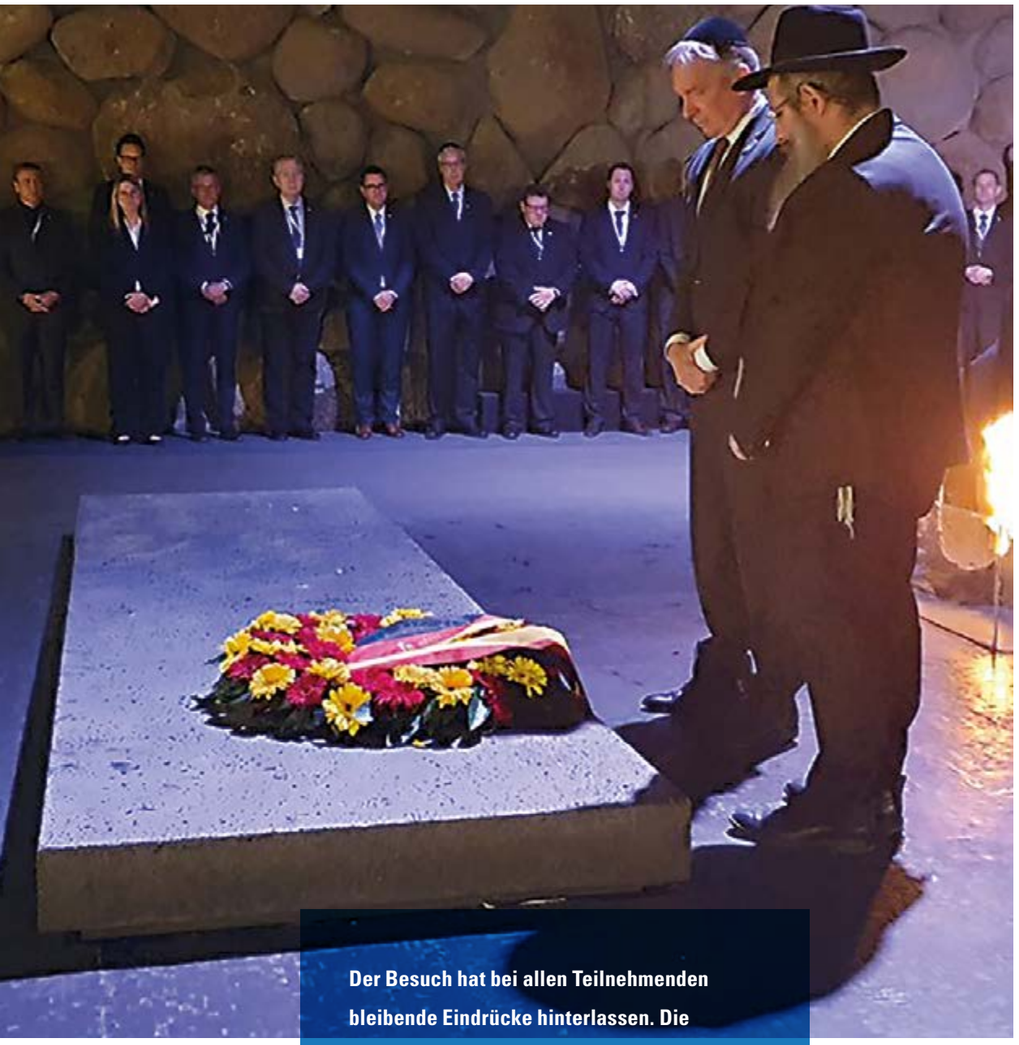
Nach der Ankunft in Tel Aviv und einem Briefing durch den Gesandten der Deutschen Botschaft reiste die Gruppe am nächsten Tag in Richtung Jerusalem, wo neben dem Besuch einer Seminarreihe eine Führung durch die Gedenkstätte Yad Vashem stattfand.

ANSPRECHPARTNER ISRAELITISCHE RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Auf Ebene der Polizeireviere wurde bereits im Herbst 2018 sog. Ansprechpartner Israelitische Religionsgemeinschaften (AP IRG) benannt. Die Leiterinnen und Leiter der örtlich zuständigen Polizeireviere sind jetzt für den jeweiligen Rabbiner oder Gemeindevorsteher eine direkte Anlaufstelle und tragen auf diese Weise dazu bei, den vertrauensvollen Austausch vor Ort zu intensivieren und das Sicherheitsgefühl der IRGen zu stärken. Diese fungieren an den Standorten von Synagogen oder Gebetsräumen als direkte Ansprechpartner für die dortigen Verantwortlichen der Religionsgemeinschaften. Für diese verantwortungsvolle Aufgabe wurden sie durch das Landesbildungszentrum Deradikalisierung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg mit einer eigens dafür konzipierten Schulung fortgebildet.

Daran anschließend wurde die Delegation durch die Jerusalemer Altstadt geführt, die die Spuren einer Jahrtausende währenden Geschichte in sich trägt und von historisch tief verwurzelter religiöser Vielfalt geprägt ist. Nach dem Einblick in das pulsierende Leben der Stadt führte der Weg abschließend durch den beeindruckenden unterirdischen Klagemauertunnel.

Am nächsten Tag stand der Besuch der Nationalen Polizeiakademie in Beit Shemesh auf dem Programm. Nach einer einführenden Präsentation über die israelische Polizei folgte ein Rundgang über den großen Campus mit seinen Sportanlagen, Kurs- und Übungsräumen sowie Anlagen für das Training der Polizeihunde und Polizeipferde. Abschließend gab es einen Rundgang durch das Polizeimuseum, in dem die Historie der israelischen Polizei dargestellt ist. Mit unvergesslichen Eindrücken im Gepäck traten die Teilnehmenden am Folgetag die Heimreise nach Deutschland an.



Der Besuch hat bei allen Teilnehmenden bleibende Eindrücke hinterlassen. Die Gedenkstätte versucht, den Opfern der Shoah ein Gesicht zu geben und macht darüber hinaus die Erniedrigung, Demütigung und Massenvernichtung von Menschen auf bedrückende Weise erlebbar. Zum Abschluss des zweitägigen Besuchs in Yad Vasehm legten der Landeskriminaldirektor und der Rabbiner gemeinsam in der Halle der Erinnerungen in einer bewegenden Zeremonie einen Kranz für die Opfer der Shoah nieder.

„Die deutsche Polizei erlebt jüdische Gemeinden vor allem als Bedrohte und zu Beschützende. Deswegen halte ich die Begegnung mit israelischen Kolleginnen und Kollegen für so wichtig. Denn gemeinsam verteidigen die deutsche und die israelische Polizei demokratische Rechtsstaaten und die Sicherheit aller Menschen."

Dr. Michael Blume,
Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus

„Uns allen muss klar sein, dass Antisemitismus kein Problem der jüdischen Gemeinden ist, sondern der Gesamtgesellschaft. Menschen jeglichen kulturellen, religiösen und ethnischen Hintergrunds und jedweder sexuellen Orientierung müssen sich in Deutschland und hier in Baden-Württemberg sicher fühlen können. Es gilt, füreinander einzustehen und das wertvolle und fragile Gut Demokratie zu erhalten und zu schützen. Dies tut die Polizei jeden Tag, zum Wohle von uns allen."

Sandra Simovich,
Generalkonsulin des Staates Israel

„Als Polizei des Landes Baden-Württemberg spüren wir die historische Verpflichtung, entschlossen dafür einzutreten, dass Jüdinnen und Juden in unserem Bundesland sicher sind – und sich auch sicher fühlen. Wir haben deshalb – auch schon vor dem abscheulichen Verbrechen von Halle – ein enges Netz an Maßnahmen geknüpft, um Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen, in all seiner Bösartigkeit, mit höchster Konsequenz zu bekämpfen. Ein zentraler Baustein sind unsere Ansprechpartner Israelitische Religionsgemeinschaften, die engen Kontakt zu den jüdischen Gemeinden halten sollen. Wir wollen, dass sie diese Aufgabe mit aller Kraft und Entschiedenheit, mit Herzblut und innerer Überzeugung wahrnehmen – deshalb jetzt auch die Reise nach Yad Vashem. Die Eindrücke, die wir dort gewonnen haben, werden wir alle ein Leben lang in uns tragen."

Klaus Ziwey,
Landeskriminaldirektor beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

NACHTREFFEN MIT GENERALKONSULIN

Um zeitnah über die intensiven Eindrücke aus dieser Reise zu reflektieren und in einen Austausch zu treten, erfolgte am 19. Dezember 2019 ein Treffen mit der Generalkonsulin des Staates Israel sowie dem Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg gegen Antisemitismus in den Räumen des **konex**. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden zeugten vom tiefen Eindruck, den die Reise bei ihnen hinterlassen hat. Insbesondere wurde vielfach artikuliert, dass die vor Ort gemachten Erfahrungen und die Begegnungen mit Land und Leuten zu einer erhöhten Sensibilität gegenüber den Bedürfnissen der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger hierzulande beigetragen haben.

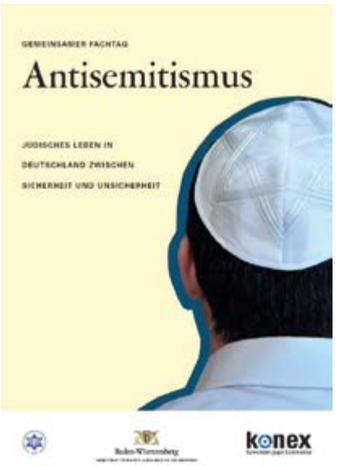
FORTBILDUNGEN DES LANDESBILDUNGSZENTRUM DERADIKALISIERUNG ZUM ANTISEMITISMUS

Das Thema Antisemitismus wurde im Jahr 2019 durch das **konex** gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) umfassender aufbereitet und in den Schulungen des LBZ Derad behandelt. Es wurden hierzu beispielsweise Mitarbeiter der Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie Schulpsychologinnen und Schulpsychologen fortgebildet. Gerade diese sowie vergleichbare Berufsgruppen, welche unter Umständen besonders geeignet sind im Alltag antisemitische Verhaltensweisen zu erkennen, sollen in Zukunft gezielter sensibilisiert werden.

FACHTAG ANTISEMITISMUS – JÜDISCHES LEBEN ZWISCHEN SICHERHEIT UND UNSICHERHEIT

KURZINFO:

Das **konex** bot gemeinsam mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs einen Fachtag mit dem Titel: „Antisemitismus - Jüdisches Leben zwischen Sicherheit und Unsicherheit" an. Ein Kompendium zu den Inhalten des Fachtags ist online über unsere Homepage www.konex-bw.de abrufbar.



Mit dem gemeinsamen Fachtag am 23. September 2019 setzten das **konex** und die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (IRGW) ein weiteres Zeichen gegen Antisemitismus sowie jede Form von Extremismus. Die Veranstaltung fand bewusst in den Räumlichkeiten der IRGW in Stuttgart statt. So boten sich den rund 200 Gästen aus u. a. der Politik und den Sicherheitsbehörden Einblicke in das heutige jüdische Leben.

Am Vormittag stellten verschiedene Rednerinnen und Redner die aktuelle (Sicherheits-)Situation der Jüdinnen und Juden in Deutschland, die neuesten Erkenntnisse aus der Antisemitismusforschung und die Maßnahmen der Landesregierung und der Polizei Baden-Württemberg im Kampf gegen den Antisemitismus dar: Susanne Jakubowski (Mitglied des Vorstands der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs), Thomas Strobl (Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration), Professorin Barbara Traub (Vorstandssprecherin der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und Mitglied im Präsidium des Zentralrats der Juden in Deutschland), Rami Suliman (Vorsitzender des Oberrates der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden und Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland), Dr. Mathias Berek (Technische Universität Berlin – Zentrum für Antisemitismusforschung), Dr. Michael Blume (Beauftragter der Landesregierung gegen Antisemitismus) und Landeskriminaldirektor Klaus Ziwey (Leiter des Referats 32 - Kriminalitätsbekämpfung, Prävention und Kriminologie im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg) Nach einhelliger Meinung der Vortragenden stellt neben dem rechtsextremistischen Antisemitismus die Zunahme der Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen im Internet zunehmend eine Bedrohung dar. Insbesondere die sozialen Medien dienen heute u. a. als Plattform zur Darstellung antisemitischen Gedankenguts.

Am Nachmittag bot sich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Raum für Begegnungen und den Austausch mit Gemeindemitgliedern sowie die Gelegenheit, das alltägliche Leben der Menschen in der jüdischen Gemeinde – etwa durch einen Besuch der jüdischen Grundschule, des Jugendzentrums sowie der Synagoge – besser kennenzulernen. Abgerundet wurde das Programm durch eine Ausstellung zur Rolle der Polizei in der NS-Zeit und dem Video-Zeitzeugenprojekt „Papierblatt" über Shoah-Überlebende. Darüber hinaus konnten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an betreuten Informationsständen des Demokratiezentrums Baden-Württemberg, der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Landesantidiskriminierungsstelle Baden-Württemberg, des Landeskriminalamts Baden-Württemberg, des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, von Likrat (Schüler-Dialogprojekt des Zentralrats der Juden in Deutschland) sowie des **konex** über die verschiedenen Angebote im Bereich der Extremismusprävention bzw. sicherungstechnischen Beratung informieren und austauschen.

PROJEKT „DAS ANDERE LEBEN“

Im Oktober 2019 war die Kampagne für mehr Demokratie „Das andere Leben“ zu Gast an den Standorten der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Der Schauspieler Thomas Darchinger und der Musiker Wolfgang Lackerschmid führten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Ausbildung durch eine musikalisch begleitete Lesung Eindrücke aus der erschütternden Autobiographie des Holocaust-Überlebenden Solly Ganor eindrucksvoll vor Augen. Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl betonte, dass zentraler Punkt einer ganzheitlichen Strategie gegen rechtsextremes Gedankengut auch die Schaffung der notwendigen Extremismusfestigkeit innerhalb der Polizei sei. Seit vielen Jahren habe man die Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus sowie deren Bekämpfung daher fest in der Aus- und Fortbildung verankert.

Die bewusste Auseinandersetzung mit den systematisch durchgeführten Verbrechen des Nationalsozialismus sei ein bedeutender Aspekt, um das Verständnis für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit und Demokratie innerhalb der Polizei gezielt zu fördern, so Minister Thomas Strobl. Auf diese Weise werde die Grundlage für unsere bürgernahe Polizei geschaffen, welche sich nicht nur von Gesetzen und Vorschriften, sondern auch von ethischen Grundsätzen leiten lasse.

SOLLY GANOR – DAS ANDERE LEBEN

Die Geschichte eines jüdischen Jugendlichen im Deutschland des III. Reiches.

Solly ist 13 Jahre alt, als die deutschen Truppen im Sommer 1941 in seine Heimatstadt Kaunas (Litauen) einfallen. Von einem Tag auf den anderen ist die Kindheit des jüdischen Jungen zu Ende. Er wird mit seiner Familie ins Ghetto getrieben und muss zusehen, wie Freunde und Verwandte bei zahlreichen sogenannten Aktionen der neuen Machthaber zur Vernichtung selektiert oder auf der Stelle ermordet werden.

Der Junge lernt zu überleben und ist schon hundertmal gestorben, ehe er nach der Auflösung des Ghettos im Sommer 1944 zunächst ins Lager Stutthof (bei Danzig) und von dort in ein Außenlager des KZ Dachau deportiert wird. Inmitten einer bayerischen Bilderbuchlandschaft, im Lager X (Utting am Ammersee), erfährt Solly am eigenen Leibe, was Nationalsozialisten unter „Vernichtung durch Arbeit“ verstehen.

Vor den anrückenden Alliierten wird er mit den wenigen noch lebenden Häftlingen auf einem der berüchtigten Todesmärsche in Richtung Alpen getrieben und unterwegs von amerikanischen Soldaten befreit. Es ist die Geschichte eines gejagten Jungen, der fünfzig Jahre lang im Überlebenden Solly Ganor geschwiegen hat und der sich nun mit aller Kraft zu Wort meldet: die Stimme aus einem anderen Leben.[2]

[2] Quelle: http://www.dasandereleben.de/dieveranstaltung.html, abgerufen am 11.03.2020

Das Logo des konex spiegelt auch dessen Aufgabenbereiche wider. Die drei Bögen, die einen unterbrochenen, aber optisch geschlossenen Kreis bilden, stehen für die Kernaufgaben PRÄVENTION, INTERVENTION und KOOPERATION. Das konex selbst steht im Zentrum und arbeitet gemeinsam mit Netzwerkakteuren, weshalb der Schriftzug „Gemeinsam gegen Extremismus“ schlüssig ergänzt.

Zudem wurde konex in Anlehnung an das Wort „connect“ gewählt, das die Verbindung zu anderen bzw. die Bündelung von Kompetenzen zusätzlich verdeutlicht.

PRÄVENTION

SCHULUNGEN DES LANDESBILDUNGS-ZENTRUM DERADIKALISIERUNG

Das Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad) entwickelt im Bereich der Extremismus- und Radikalisierungsprävention Weiterbildungskonzepte für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Fachkräfte und führt zielgruppenorientierte, ein- bis mehrtägige Aus- und Fortbildungen in allen Extremismusphänomenbereichen durch. Die Schulungen sind nach dem LBZ Derad-Prinzip „Erkennen. Deuten. Handeln.“ aufgebaut. Folgende Zielgruppen wurden 2019 erreicht:

- **Kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger**

Das LBZ Derad bot nach Einrichtung der Zentralen Meldestelle für kommunale Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger beim LKA BW wiederholt eine Fortbildung zum Thema „Umgang mit extremistischen Bedrohungen und Unsicherheiten“ an. Hier wurden u.a. Möglichkeiten zur sicherungstechnischen Prävention an Wohnhäusern und in Büroräumen vorgestellt. Außerdem zeigt beispielsweise die „Meldestelle respect! Gegen Hetze im Internet“ Maßnahmen auf, die bei Angriffen in den sozialen Medien getroffen werden können.

- **Fachkräfte der Sozial- und Jugendhilfe**

In enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg bot das LBZ Derad eine Schulung für Fachkräfte der Sozial- und Jugendhilfe zum Thema „Kindeswohl im Kontext von radikalisierten Familien“ an. Im ersten Teil der Schulung 2019 gab es ein breites Angebot u.a. zu Grundlagen zur Psychologie der Radikalisierung und zum Thema Frauen im Salafismus. Darüber hinaus stellte die Sekten-Info Nordrhein-Westfalen e.V. rechtliche und pädagogische Perspektiven zum Thema „Glaubensfreiheit versus Kindeswohl“ vor. Der zweite Schulungsteil folgte im März 2020.

- **Ansprechpartner der Polizei für israelitische Religionsgemeinschaften**

Die Ansprechpartner der Polizei für israelitische Religionsgemeinschaften setzten sich in der, gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, durchgeführten Schulung vertiefend mit dem Thema „jüdisches Leben in Deutschland“ auseinander, um hierfür die Sensibilität weiter zu erhöhen und die sehr gute Zusammenarbeit der Landespolizei mit den jüdischen Gemeinden weiter zu stärken.

- **Fachkräfte in der Jugendarbeit**

Der mehrmals gemeinsam mit dem Demokratiezentrum BW durchgeführte Workshop „Gesellschaft unter Strom – Im Spannungsfeld extremer Ideologien“ nahm Radikalisierungsfaktoren und -gründe genauer in den Blick. Anhand von Propagandamaterialen extremistischer Gruppen wurden denkbare Attraktivitätsmomente für Jugendliche herausgearbeitet. Hierbei standen insbesondere Narrative extremistischer Gruppierungen sowie Modelle zur pädagogischen Begegnung im Mittelpunkt.

- **Strukturbeobachterinnen und -beobachter in Justizvollzuganstalten**

Auch die Strukturbeobachterinnen und Strukturbeobachter der baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten wurden durch das LBZ Derad im Themenbereich „Extremismusprävention“ mit mehreren Schulungsteilen fortgebildet. In einem ersten Schulungsteil im November 2019 wurden neben Grundlagen jihadistischer Ideologie auch Gründe der Radikalisierung und Möglichkeiten der behördenübergreifenden Zusammenarbeit behandelt. Der zweite Schulungsteil folgte im Januar 2020.

REICHSBÜRGERSTUDIE

Im Oktober 2019 veröffentlichte das **konex** die umfangreiche wissenschaftliche Studie „Taten, Täter, Opfer. Eine Studie der Reichsbürgerbewegung auf Grundlage einer umfangreichen Presseauswertung." Die Milieus der Reichsbürger und Selbstverwalterszene in Deutschland werden durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder seit Ende 2016 beobachtet. Damals war die Szene vor allem durch zwei Vorkommnisse mit Schusswaffengebrauch in Reuden/Sachsen-Anhalt und Georgensgmünd/Bayern in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Das **konex** leistet mit dieser wissenschaftlichen Studie einen Beitrag zur Erforschung dieser extremistischen Bewegungen mit dem Schwerpunkt auf jenen „Reichsbürgern und Selbstverwaltern", die durch Ordnungswidrigkeiten und/oder Straftaten auffällig werden. Basierend auf einer systematischen Auswertung der veröffentlichten Presseberichte in Deutschland zwischen 2003 und 2018 werden unter anderem Informationen zu soziobiographischen Merkmalen, den häufigsten Straf- und Gewalttaten sowie den Opfern der Reichsbürgerszene verfügbar gemacht. Hierzu wurden insgesamt 1.070 Ordnungswidrigkeiten und Straftaten in 730 relevanten Ereignissen mit 487 Personen aus der Reichsbürgerbewegung erfasst und ausgewertet. Auf der Basis der öffentlich zugänglichen Daten ist diese Studie die bisher umfangreichste Analyse biographischer Hintergründe und Tatverläufe von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern" nach einheitlichen Kriterien.

Die Studie des **konex** zeigt deutlich, dass das Gefährdungspotenzial einiger Anhängerinnen und Anhänger der Reichsbürgerbewegung nicht unterschätzt werden darf. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Nötigungen und Erpressungen sowie Straftaten im Verkehrsbereich (z.B. Fahren ohne Fahrerlaubnis, Urkundenfälschung durch Verwendung von Fantasiekennzeichen und Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz) konnten als häufigste Deliktsformen identifiziert werden. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind die größte Opfergruppe. Sie werden vor allem Opfer von Widerstandsdelikten im Zuge von Vollstreckungen und oftmals routinemäßigen Verkehrskontrollen. (Versuchte) Nötigungen und Erpressungen sind vor allem gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen, Landes- und Bundesverwaltungen sowie gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz gerichtet.

Die in der Studie erfassten Reichsbürger und Selbstverwalter sind überwiegend männlich und zwischen 30 und 59 Jahre alt. Sie sind häufig arbeitslos oder in Rente. Reichsbürger und Selbstverwalter, die in der vorliegenden Stichprobe mit Gewalttaten auffällig geworden sind, scheinen gegenüber Nicht-Gewalttätern etwas stärker sozial isoliert zu sein. Darüber hinaus konnten keine markanten Unterschiede zwischen Gewalttätern und Nicht-Gewalttätern festgestellt werden. Obwohl sich einige idealtypische Radikalisierungsverläufe innerhalb der Szene skizzieren lassen, sind damit keine klaren Täterprofile erkennbar. Vielmehr sind die soziobiographischen Ähnlichkeiten der Gewalttäter und Nicht-Gewalttäter bemerkenswert. Es scheint, als könne jede Anhängerin und jeder Anhänger der Reichsbürgerbewegung potenziell gewalttätig werden.

Das konex veröffentlichte die umfangreiche wissenschaftliche Studie „Taten, Täter, Opfer. Eine Studie der Reichsbürgerbewegung auf Grundlage einer Presseauswertung." Auf der Basis der öffentlich zugänglichen Daten ist diese Studie die bisher umfangreichste Analyse biographischer Hintergründe und Tatverläufe von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern" nach einheitlichen Kriterien. Die Studie kann kostenlos online auf unserer Homepage www.konex-bw.de heruntergeladen werden.

konex UNTERWEGS

Das konex lädt nicht nur zu Schulungen und Fortbildungen ein, sondern ist auch im Land unterwegs, um Informationen weiterzugeben, sich noch stärker zu vernetzen und mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen auszutauschen. Beispielsweise informierte das konex im März zu Möglichkeiten der Extremismusprävention beim Fachtag „Salafismus in Deutschland, Themenschwerpunkt tschetschenisch-salafistische Szene". Der Fachtag wurde vom Demokratiezentrum, der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg e. V., dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg und der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart angeboten. Neben Fachvorträgen zum Themenschwerpunkt gab es u. a. auch eine Podiumsdiskussion zur Situation in Baden-Württemberg.

Das **konex** war im Jahr 2019 bei mehreren Veranstaltungen mit einem Informationsstand vertreten:

- Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg lud gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern aus dem Donauraum zur internationalen Fachkonferenz mit dem Thema „Neue Ansätze und Methoden zur Prävention und Bekämpfung des Islamistischen Terrorismus" ein. Das **konex** war auch hier mit einem Referenten und einem Informationsstand vertreten.
- Darüber hinaus war das **konex** beim 24. Deutschen Präventionstag in Berlin dabei. Dieser fand am 20. und 21. Mai 2019 zum Thema: „Prävention & Demokratieförderung" statt (mehr Infos unter: https://www.praeventionstag.de/nano.cms/24-dpt-uebersicht).

- Im Juli 2019 bot das **konex** an einem Stand Informationen beim Fachtag „Umgang mit Antisemitismus an Schulen, Wahrnehmen – Benennen – Handeln" an. Der Fachtag wurde vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg ausgerichtet.
- Und im November war das **konex** mit einem Informationsstand bei der Abendveranstaltung „Zwischen Fake News und Hasskommentaren – welchen Schutz braucht unsere Verfassung zum 70. Geburtstag?" vertreten. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration und das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg luden zu einer Podiumsdiskussion ein und boten darüber hinaus Gelegenheit, sich über aktuelle Projekte und Organisationen im Land zu informieren.

INTERVENTION

AUSSTIEGSBERATUNG

Die Ausstiegsberatung des konex ist rein präventiv ausgerichtet und organisatorisch von den repressiven Aufgaben der Ermittlungsbehörden getrennt. Sie ist überwiegend mit Beratenden im Nichtvollzug besetzt. Das interdisziplinäre Team verfügt über sozialwissenschaftliche, politikwissenschaftliche, pädagogische, islamwissenschaftliche, islamisch-theologische und systemische Fachkompetenz.

Die Ausstiegsberatung richtet sich hauptsächlich an Personen, die sich extremistischen Szenen verbunden fühl(t)en und nun freiwillig aus dieser Szene aussteigen wollen (originäre Zielgruppe) sowie an Personen, die in engem, zumeist familiären Kontakt mit der originären Zielgruppe stehen.

Das Lösen aus Szenezusammenhängen bedeutet für Aussteigende häufig nicht nur eine weltanschauliche Neuorientierung, sondern auch den Verlust des bisherigen sozialen Umfelds. Deradikalisierung ist ein komplexer, individueller, nichtlinearer Prozess, bei dem Personen ihr Bekenntnis und Engagement für die extremistische Denk- und Handlungsweise sowie die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele kritisch reflektieren und sich nachhaltig von der extremistischen Szene distanzieren. Die Ausstiegsberatung bietet hierbei zuverlässige „Hilfe zur Selbsthilfe" an.

Nach der vollständigen Übernahme der Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus Ende 2018 konnte sich die Ausstiegsberatung des **konex** rasch etablieren.

Im Jahr 2019 war die Ausstiegsberatung mit insgesamt über 100 phänomenbezogenen Vorgängen befasst. Die Anzahl der Ausstiegsinteressierten bewegte sich im Jahresverlauf im niedrigen zweistelligen Bereich in den jeweiligen Phänomenbereichen.

Neben Anfragen von Aussteigern selbst oder deren Umfeld wurden für den Phänomenbereich Rechtsextremismus im Zuständigkeitsbereich der Polizeipräsidien Mannheim und Ludwigsburg konzeptionell vorbereitete Offensivansprachen – wie sie auch im Abschlussbericht des NSU Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/NSU BW II" empfohlen wurden – durchgeführt. Mit dieser Maßnahme sollen potenzielle Ausstiegsinteressierte der rechtsextremistischen Szene angesprochen werden, um ihnen Beratungsangebote zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene aufzuzeigen. Gleichzeitig soll auch der Entstehung von neuen rechtsextremistischen Gruppierungen durch rechtzeitige Ansprache der Betroffenen von Polizei und dem **konex** entgegengewirkt werden.

KOOPERATION

ACHTUNG?!

Um die Extremismusprävention aus verschiedenen Blickwinkeln zu bearbeiten und auf einem qualitativ hohen Standard zu halten, ist das konex gut vernetzt. Gemeinsam mit seinen Netzwerk- und Kooperationspartnern wurden auch im Jahr 2019 neben Projektangeboten auch Schulungen und Veranstaltungen entwickelt und durchgeführt.

Das der Extremismusprävention dienende Projekt ACHTUNG?!, welches das **konex** zusammen mit Kooperationspartnern seit Juli 2018 landesweit anbietet, wurde auch im Jahr 2019 sehr erfolgreich durchgeführt. Bis Ende 2019 wurden (seit landesweiter Umsetzung Mitte 2018) insgesamt 42 Veranstaltungstermine, an denen 52 Schulen mit über 5.300 Schülerinnen und Schülern teilnahmen, gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern durchgeführt. Damit setzen alle Projektpartner einen wichtigen Impuls gegen Extremismus.

Das modular aufgebaute phänomenübergreifende Projekt mit Schwerpunkt gegen Rechtsextremismus und Islamismus, möchte Radikalisierung in einem frühen Stadium verhindern und richtet sich primär an die Zielgruppe Schülerinnen und Schüler der 9. Klassenstufe und von beruflichen Schulen sowie deren Eltern und Lehrkräfte. Die Jugendlichen und Erwachsenen sollen verschiedene Weltanschauungen und Lebensweisen kennenlernen und darin bestärkt werden, diese Vielfalt zu akzeptieren und positiv zu werten. Darüber hinaus wird für Anwerbepraktiken von Extremisten sensibilisiert und über konkrete Hilfsangebote, Anlaufstellen und Ansprechpartner informiert sowie zum Austausch über Radikalisierung und Akzeptanz von Vielfalt angeregt.

Nähere Informationen zum Präventionsprojekt finden Sie auf unserer Homepage www.konex-bw.de/achtung/.

Das Präventionsprojekt ACHTUNG?! wurde beginnend im Jahr 2015 durch das Polizeipräsidium Ludwigsburg zusammen mit verschiedenen Partnern entwickelt und bis Mitte 2018 durch Fördermittel der Europäischen Union finanziert. Durch die Weiterfinanzierung des Projekts ab Mitte 2018 mit, auf Initiative der Regierungsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU, im Landeshaushalt bereitgestellten Mitteln, kann das Projekt zwei Jahre landesweit an über 50 Schulen angeboten werden.

Kernmodul ist ein interaktives Theaterstück des Theater Q-rage. Eine Nachbereitung der Theateraufführung durch die Landeszentrale für politische Bildung sowie ein Elternabend und eine Lehrkräftefortbildung durch die Polizei runden das Kernangebot ab. Dieses kann bei Bedarf der Schulen noch durch Angebote der Stiftung Weltethos (Ausstellung zu Religion und Normen sowie gesonderter Aktivierungsvortrag) ergänzt werden.

Das Projekt wird durch das **konex** landesweit koordiniert und nach wissenschaftlichen Standards evaluiert. Kooperationspartner bei ACHTUNG?! sind:

- Filmakademie Baden-Württemberg
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und das Team meX
- Lose Bande Ludwigsburg
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg
- Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Polizei Baden-Württemberg
- Regierungspräsidium Stuttgart (Abteilung Schule und Bildung)
- Stiftung Weltethos
- Theater Q-rage
- WEISSER RING e. V.

WORKSHOPREIHE IM JUSTIZVOLLZUG (KOFINANZIERUNG)

Die im Jahr 2017 gestartete Workshopreihe im Justizvollzug zur Toleranz- und Demokratieentwicklung wurde auch im Jahr 2019 weitergeführt. Sie wird vom Violence Prevention Network, in der Zuständigkeit des Ministeriums der Justiz und für Europa Baden-Württemberg und des Demokratiezentrums Baden-Württemberg, durchgeführt. Die Finanzierung erfolgt über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und einer Kofinanzierung des **konex**.

EXTERNE GREMIEN UND NETZWERKE

Die Mitarbeit in verschiedenen Gremien und Netzwerken war auch im Jahr 2019 ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des **konex**. Nachfolgend sind Gremien und Netzwerke, denen das **konex** 2019 angehörte oder mitarbeitete, aufgelistet.

LAND

BEIRAT DES DEMOKRATIEZENTRUMS BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Beirat sind die kommunale Seite, die schulische Bildung, die außerschulische Jugendbildung und Sozialarbeit sowie die politische Bildung und die Sicherheitsbehörden repräsentiert. Der Beirat hat beratende Funktion. Laut Geschäftsordnung findet mindestens eine Sitzung im Jahr statt, auf Wunsch auch mehrere.[3]

[3] 23.04.2019, Homepage Demokratiezentrum, https://demokratiezentrum-bw.de/demokratiezentrum/#beirat

LANDESNETZWERK FÜR MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIEENTWICKLUNG – GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND MENSCHENFEINDLICHKEIT

Hier haben sich Organisationen, Institutionen, Vereinigungen und Ministerien zusammengeschlossen, um sich über die namengebenden Themen auszutauschen. Jedes Mitglied steht in einem eigenen Kontext, doch allen gemeinsam ist das Eintreten für Demokratie und demokratische Werte.

RUNDER TISCH DER RELIGIONEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Dieser und das dort angestoßene Projekt „Lokale Räte der Religionen auf den Weg bringen" setzen auf den religionsübergreifenden Dialog zwischen der Landesregierung und der Zivilgesellschaft. Sie betonen das Verbindende zwischen verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und tragen auf diese Weise dazu bei, Verständnis für andere Sichtweisen zu schaffen. Zudem soll damit der gesellschaftliche Zusammenhalt an der Nahtstelle zwischen Politik und Zivilgesellschaft gestärkt werden.

KNOW HATE CRIME!

Zusammen mit Expertinnen und Experten aus dem Themen- bzw. Arbeitsfeld „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" und Betroffenengruppen wurde ein landesweit aktives Aktionsnetz „kNOw HATE CRIME!" als zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Prävention im Bereich Kriminalitätsbekämpfung aufgebaut.

BUND

ARBEITSGRUPPE DERADIKALISIERUNG DES GEMEINSAMEN TERRORISMUSABWEHRZENTRUM (GTAZ)

Die AG Deradikalisierung ist eine Austausch- und Kooperationsplattform für die Expertinnen und Experten der im Bereich der Deradikalisierung zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Im Rahmen dieser AG werden Trends und Herausforderungen im Bereich der Deradikalisierung islamistisch-radikalisierter Personen thematisiert, so auch Islamistinnen und Islamisten, die aus den ehemaligen Einflussgebieten des IS zurückkehren. Neben dieser strategischen Ausrichtung der AG Deradikalisierung findet zudem ein praxisorientierter Erfahrungsaustausch zur Entwicklung und Anpassung von Deradikalisierungsmaßnahmen statt[4]. Hierzu wurden mehrere Unterarbeitsgruppen gebildet, an denen das **konex** ebenfalls teilnimmt. Es werden beispielsweise Standards der Fallarbeit aber auch Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Programmen diskutiert.

[4] Aus Pressemeldung zum 10jährigen Jubiläum: https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2019/20191001-am-ag-deradikalisierung.html;nn=282388

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG „BEHÖRDLICHE AUSSTEIGERPROGRAMME DES BUNDES UND DER LÄNDER GEGEN RECHTSEXTREMISMUS" (BLAT REX)

Hierbei handelt es sich um eine Arbeitstagung, die primär auf Ebene der Ausstiegsbegleiter staatlicher Träger stattfindet und so unmittelbare Relevanz für die tägliche Arbeit der Programme entfaltet. Die BLAT REX hat über die Jahre zu einer Verstetigung des Austauschs und damit einhergehend immer wieder auch zur Steigerung der Arbeitsqualität und der Fortentwicklung der Aussteigerprogramme geführt.

BUND-LÄNDER-AUSTAUSCH ZU MASSNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER GEGEN ISLAMISTISCHE RADIKALISIERUNG DES BUNDESMINISTERIUMS DES INNERN (BMI)

Die Tagung für staatliche Träger wird einmal jährlich durch das BMI angeboten. Es werden dabei neben einem Austausch über aktuelle Programme und Maßnahmen auf Landes-, Bundes- und insbesondere internationaler Ebene aktuelle aber auch zukünftige Herausforderungen und Schwerpunkte diskutiert.

BUND-LÄNDER-ARBEITSTAGUNG STAATLICHER AUSSTEIGERPROGRAMME IM BEREICH ISLAMISMUS

Die Tagung richtet sich an behördliche Aussteigerprogramme oder Vertreter staatlicher Stellen, die ggf. die Einrichtung entsprechender Programme in Erwägung ziehen. Sie ermöglicht seit 2018 einen Austausch auch zu sicherheitsrelevanten Informationen und Sachverhalten.

VERNETZUNGSTREFFEN DER LANDESPROJEKTE UND BUNDESWEITEN BEHÖRDENSTRUKTUREN DER LÄNDERPROGRAMME SOWIE DER ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN TRÄGER IM BEREICH DERADIKALISIERUNG/ ANGEHÖRIGENBERATUNG

Das Vernetzungstreffen wird ein- bis zweimal jährlich durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgerichtet. Es bietet eine Plattform für den phänomenübergreifenden Austausch staatlicher und zivilgesellschaftlicher Träger und Organisationen im Bereich der Extremismusprävention und Deradikalisierungsarbeit.

PANDORA (PROJEKTVERBUND „PROPAGANDA, MOBILISIERUNG UND RADIKALISIERUNG IN DER VIRTUELLEN UND REALEN WELT. URSACHEN, VERLÄUFE UND GEGENSTRATEGIEN IM KONTEXT DER DEBATTE UM FLUCHT UND ASYL“)

Das Projekt untersucht Radikalisierungsdynamiken auf dem extrem rechten Spektrum und im salafistischen Milieu. Es untersucht insbesondere Diskurse in sozialen Medien und welche Mobilisierungs- und Radikalisierungseffekte diese in der realen Welt erzeugen. Das **konex** ist assoziierter Partner.

INTERNATIONAL

EUROPEAN EXPERT NETWORK ON TERRORISM ISSUES

Zentrales Anliegen ist grundsätzlich der informelle Austausch auf wissenschaftlich-analytischer Ebene zu Fragen des Forschungsstandes zu gegenwärtigen extremistischen/terroristischen Erscheinungsformen sowie zu Maßnahmen der Prävention, Bekämpfung und Deradikalisierung.

ERREICHBARKEIT

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION BADEN-WÜRTTEMBERG,
Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (**konex**)

Willy-Brandt-Str. 41
70173 Stuttgart
www.konex-bw.de

ALLGEMEINE AUSKÜNFTE UND LANDESBILDUNGSZENTRUM DERADIKALISIERUNG
E-Mail: konex@im.bwl.de
T: 0711 279-4556

AUSSTIEGSBERATUNG:
E-Mail: ausstiegsberatung@konex.bwl.de

AUSSTIEGSBERATUNG - RECHTSEXTREMISMUS:
T: 0711 279-4544

AUSSTIEGSBERATUNG - ISLAMISTISCHER EXTREMISMUS:
T: 0711 279-4555

Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION